

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Arbeiterstimme und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsstelle: Dresden-III, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die erstmalig geplante Nonparelzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Mühlentorstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 13. November 1928

Nummer 265

## Triumph der Stahlkönige!

Justiz und Staatsapparat gegen die Arbeiter

### Der Ruhrschiedspruch für ungültig erklärt Zusammenbruch des reformistischen Schwindels / Antwortet mit Streik!

Essen, 12. Nov. 1928. (Eigener Drahtbericht.) Das Duisburger Arbeitsgericht verhandelte heute die Feststellungsklage der Unternehmer betreffs des Ruhrschiedspruches. Nach 2 1/2 stündiger Verhandlung wurde folgendes Urteil gefällt:

„Es wird festgestellt, daß ein Tarifvertrag auf Grund des verbindlich erklärten Schiedspruches vom 26. Okt. 1928 nicht besteht. Die Kosten des Verfahrens, die 500 Mark betragen — nachdem als Wertobjekt 1 Million Mark angelegt waren — haben die Beklagten, die Gewerkschaften zu tragen.“

Das Arbeitsgericht hat, wie die kommunistische Presse schon von Anfang an vorausah, sich dem Standpunkt der Unternehmer angeschlossen und entschieden, daß auf Grund des verbindlich erklärten Schiedspruches ein Tarifvertrag nicht besteht.

Mit dieser Entscheidung ist das unglaublich freche Betrugsmanöver der sozialdemokratischen Führer zusammengebrochen. Diese sozialdemokratischen Verräter haben seit Beginn der Aussperrung Tag für Tag die Arbeiter in unverschämter Weise belogen, sie haben behauptet, daß der Staat den Arbeitern helfe, daß die Justiz dieses Staates den Arbeitern recht gebe, daß die Arbeiter nichts zu tun brauchten, als darauf zu warten, daß die Staatsbehörden „dem Recht Geltung verschaffen“. Mit diesen Lügen versuchten sie die Arbeiter von ernstlichen Kampfmaßnahmen abzuhalten und die Verbreiterung der Kampffront zu verhindern. Gegen die Kommunisten, die den Arbeitern die Wahrheit sagten, haben die sozialdemokratischen Führer eine infame Hehe entfesselt. Jetzt ist das freche sozialdemokratische Lügenmanöver zusammengebrochen. Der letzte Arbeiter sieht jetzt, daß er gegen Unternehmer, gegen den kapitalistischen Staat, die Koalitionsregierung und gegen die sozialdemokratischen Führer kämpfen muß. Der Zusammenbruch des reformistischen Lügenmanövers kommt nicht zu spät, wenn jetzt die kämpfenden Arbeiter sich rasch einigen und geschlossenen Maßnahmen durchzuführen, die ihnen die gewerkschaftliche Opposition empfiehlt.

Wenn jetzt die SPD-Führer die Frechheit haben, auf das Landesarbeitsgericht zu vertrauen, so muß den Betrügern gründlich das Maul gestopft werden. Die Entscheidung des Duisburger Arbeitsgerichts ist die selbstverständliche Entscheidung von Organen des kapitalistischen Staates. Der heutige Staat ist der Staat der kapitalistischen Klasse, die Schlichtungsinstanzen sowie die Arbeitsgerichte sind Organe dieses kapitalistischen Staates, die nie gegen die Interessen des Unternehmertums entscheiden werden. Wer die Arbeiter auf den Weg des kapitalistischen Schlichtungsschwindels verweist, wer sie darauf verweist, ihr Recht bei den kapitalistischen Klassengerichten zu suchen, betrügt die Arbeiter!

Die sozialdemokratischen Führer haben die Arbeiter in der schändlichsten Weise betrogen.

Zahllose Schandschiedsprüche wurden auf genau dieselbe Art und Weise gefällt wie der Ruhrschiedspruch. Immer wieder hat die sozialdemokratische Gewerkschaftsbu-

reaokratie mit den niederträchtigsten Methoden den Arbeitern diese Schandschiedsprüche aufgeschwungen.

Aber jetzt ist Schluss! Sollen sich die Arbeiter noch länger von diesem verbrecherischen Schlichtungswesen fesseln lassen? Von diesem Schlichtungswesen, das heute der letzte Arbeiter als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, als eine Fessel der Arbeiter, das ihnen die Streikfreiheit rauben soll, erkennt? Nein! Nieder mit diesem verbrecherischen System!

Im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit entscheidet nur die Kampfkraft, die Arbeiterschaft oder Unternehmerr-

tum ausbringen. Die Arbeiterklasse ist unüberwindlich stark, wenn sie den Weg zum gemeinsamen Handeln findet. Jetzt gilt es, den großen Machtkampf zugunsten der Arbeiter zu entscheiden!

Darum her mit der Verschärfung und Verbreiterung des Kampfes!

Keine Arbeiterschaft darf sich mehr durch einen solchen Zwangstarif hindern lassen, selbst Forderungen zu stellen und aktiv in das gewaltige Ringen einzugreifen.

Jetzt alle Kraft eingesetzt für den Sieg der Hüttenarbeiter, für den Sieg der Arbeiterklasse!

## Sie haben noch nicht genug!

Die Reformisten vertrauen auf das Reichsarbeitsgericht

Wie aus Essen gemeldet wird, haben die Leitungen der drei Metallarbeiterverbände einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Die 3 Metallarbeiterverbände betrachten das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg als ein Fehlurteil und werden den Rechtsweg bis zum Reichsarbeitsgericht durchsetzen. . . Die Gewerkschaften werden der Arbeiterschaft zu gegebener Zeit entsprechende Anweisungen (?) geben und erwarten, daß nur diesen Folge geleistet wird.“

Die rote Fahne schreibt dazu:

„Die Arbeiterschaft hat auf dieses hilflose Gestammel der Bureaokratie schon geantwortet, indem sie in Protestdemonstrationen und der Organisierung von Kampfleitungen die Maßnahmen für die proletarische Gegenoffensive traf, ohne sich um das reformistische Gewäsch und die Ablenkungsphrasen von „Recht“ zu scheeren.“

## Empörung der Ausgesperrten

Der Montag war im Kampfgebiet verhältnismäßig ruhig. Die Ausgesperrten erwarteten mit Spannung den Spruch des Arbeitsgerichts, da ein großer Teil doch

nach einem Rest von Millionen hatte, daß ihnen aus dem Justiz- und Schlichtungsschwindel etwas blühen könnte. Nach Bekanntwerden des Urteils bildeten sich spontan demonstrierende Gruppen, Teilungssüde und Belegschaftsversammlungen, die sich mit der neugeschaffenen Lage befaßten.

In Gelsenkirchen versammelten sich mehrere tausend Ausgesperrte auf dem Alten Markt und der Wiese mit der Absicht, vor der Stadtverordnetenversammlung zu demonstrieren. Die Polizei, die in Alarmbereitschaft war, verbot den Verkehr kaum aufrechtzuerhalten.

Duisburg, 13. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Gewerkschaftsopposition hatte für gestern nachmittags 4 Uhr zu einer Kundgebung der kämpfenden Metallarbeiter auf dem Dellplatz ausgerufen, in der das Urteil des Arbeitsgerichts verurteilt wurde. Trotz des Regens waren über 4000 Metallarbeiter erschienen. Ein Vertreter der Opposition wies auf die Haltung der Bureaokratie und der Justiz gegenüber dem Kampf der Hüttenarbeiter hin. Die Versammelten gaben ihrer Entrüstung lauten Ausdruck und legten das Geländnis ab, für den Sieg der Hüttenarbeiter weiter zu kämpfen.

## Ihre Front!

Einse Demagogie im Deutschen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Dresden

H. J. Von Tag zu Tag verschärft, tobt an Rhein und Ruhr der Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital. Der wachsende Einfluß der kommunistischen Partei, die begeisterte Ausnahme der Parolen der Opposition, die entschlossene Ablehnung des reformistischen Schwabers durch die kämpfenden Ruhrarbeiter macht den Reformisten Kopfschmerzen. Im ganzen Reich verfolgt die Arbeiterschaft mit Spannung und Sympathie den Kampf der Ruhrarbeiter. Die Erkenntnis, daß dieser Kampf auch im übrigen Reich aktiv unterstützt werden muß, gewinnt mehr und mehr Boden. Insbesondere die Metallarbeiter ziehen Vergleiche mit ihrer Lage und stellen die Frage nach Verbreiterung des Kampfes.

Die Dresdner Führer des DMV würden ihre Rolle als „Linke“ schlecht spielen, wenn Sie diese Stimmung der Metallarbeiter nicht rechtzeitig versuchen würden, abzukämpfen. Die am vergangenen Sonntag von ihnen einberufene Funktionärskonferenz des DMV Dresden diente diesem Zweck. Wer etwa glaubte, diese Konferenz sei einberufen worden, um den Dresdner Metallarbeitern ein ungeschmincktes Bild der Lage in Nordwest zu geben und aktive Unterstützungsmaßnahmen zu beraten, der sah sich enttäuscht. Schon zu Beginn der Versammlung erklärte der Leiter Täuber, daß im „Interesse der Einheitlichkeit der Bewegung“ von einer Diskussion abge-

sehen werden solle. Ein Antrag der Opposition, der die Notwendigkeit einer ausführlichen Aussprache begründete, verfiel gegen eine starke Minderheit der Ablehnung.

Schon diese Tatsache genügt, um zu zeigen, wie „ernst“ es den DMV-Bureautaten mit dem Ruhrkampf ist. Man wagt es von vornherein nicht, die Stimme der Metallarbeiter aus dem Betrieb in dieser ungeheuren Auseinandersetzung zu Wort kommen zu lassen. Wer das folgende Referat Höllers hörte, der wußte, weshalb.

Seit Tagen hat die Dresdner Volkszeitung den gefährlichen Schwindel von dem angeblichen Kampf der Unternehmer gegen den Staat ihren Lesern vorgelegt. Als wir diesen Schwindel entlarvten, bekamen die Herrschaften am Wettinerplatz zwar einen Wutanfall, aber sie hüteten sich, auf die Frage des Staates als ausführendes Organ der Unternehmerinteressen einzugehen. Herr Höller war klüger, er ging auf diesen Schwindel gar nicht ein. Ein paar zu nichts verpflichtende tabifale Phrasen, kein Wort über die Hintergründe dieses Kampfes, vor allem aber nichts über das, was jetzt praktisch zur Unterstützung dieses Kampfes getan werden muß. Die Unternehmer haben den Achtundtag durchbrochen, verkündete Höller empört. Über daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, leinerzeit dem Ermächtigungsgesetz zustimmte, das erst die Voraussetzung für diesen Bruch des Achtund-

## Streik

ist die Antwort der zentralen Kampfleitung

Essen, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Schon wenige Stunden nach Verkündung des Urteils der Duisburger Verhandlung trat in Essen die zentrale Kampfleitung der ausgesperrten Hüttenarbeiter zur Beratung über die neue Lage im Kampf zusammen. Neben einem Aufruf an die Hüttenarbeiter, mit allen Mitteln sich gegen die bedrückende Abwärtung des Kampfes durch die Reformisten zu kräuben, stellte man folgende konkrete Kampfmaßnahmen auf:

Ueberführung der Aussperrung in den Streik,

Einleitung von Streikposten,

Forderung nach 15 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, nach Achtundtag und dreigeteilter Schicht bei vollem Lohnausgleich.

Außerdem beschloß man, sich noch aktiver als bisher an der Organisierung der Sammlungen für die JAH zu beteiligen, um die Preise zu senken, die noch aus bitterster Not zu Streikbrechern werden könnten.